

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsheftige Nonpareillezette 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Regierung, Reichstag und die Arbeitslosen.

Das Arbeitslosenproblem wird immer dringlicher. Nicht eine Verminderung, sondern eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer ist in dieser saisonmäßig günstigen Zeit zu verzeichnen. Trotzdem beharrt die deutsche Öffentlichkeit in großer Ruhe. Man macht sich wenig Gedanken darüber, wie man das fressende Geschwür einer solchen riesigen Arbeitslosigkeit, die nach den Worten des Reichsarbeitsministers bis zum Jahre 1929 in unverminderter Schärfe anhalten dürfte, zu beseitigen gedenkt. Die brachliegenden Produktionskräfte können mit einem Nutzwert von 4 Milliarden Mark beziffert werden. Das ist das Doppelte dessen, was wir nach zwei Jahren an Reparationen zu zahlen haben. Der Inlandsmarkt wird dadurch verengt und die Arbeitslosigkeit trägt so zu ihrer eigenen Verschlimmerung bei. Den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist es nicht zuletzt zu danken, daß Reichstag und Regierung sich nunmehr dem Arbeitsproblem zuwenden. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat sich in eingehenden Untersuchungen mit der Arbeitslosigkeit und ihrer Behebung beschäftigt. Der Ausschuss kommt zu prinzipiellen Vorschlägen, auf welche Art mindestens 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Als solche Notstandsarbeiten werden bezeichnet:

1. Straßenbau und Erneuerung der Straßendecken.
2. Kultivierung von Oedlandflächen.
3. Schiffbarmachung deutscher Flüsse und Kanalbauten.
4. Fluß- und Bachregulierungen.
5. Stauanlagen, Schutzdämme usw. gegen Hochwasser.
6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften.
7. Wohnungsbau.
8. Elektrifizierung der Eisenbahn.

In der Reichstagsitzung vom 28. Juni gab der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit eine längere Erklärung ab. Der Minister und wohl auch die Regierung sind der Meinung, daß vor dem Jahre 1929, wo der Geburtenausfall während des Krieges auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt, eine Besserung des Arbeitsmarktes in nennenswertem Umfange nicht zu erwarten ist. Dr. Brauns weist auf die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt hin und stellt fest, daß von 1 062 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. Dezember 1925 am 15. Juni noch 25 Proz. Unterstützung bezogen. Aus diesen Feststellungen glaubt der Minister folgern zu müssen:

1. Daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht behindert hat, deshalb dürfte und mußte sich die Regierung auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung in ihrer Art und Höhe entschließen. 2. Folgt aus der Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Auszubehrenden, deren Zahl im Spätjahr immerhin beträchtlich sein kann, unbedingt erforderlich ist und rechtzeitig vorbereitet werden muß. Angesichts der Fortdauer der Kurzarbeit muß insbesondere auch die Kurzarbeiterunterstützung vorläufig fortgesetzt werden. Die Zahl der in Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen stieg von 27 870 am 15. Dezember 1925 auf 170 105 am 15. Mai 1926. Die Reichsregierung verspricht ferner, daß sie gemäß den Vorschlägen des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages die produktive Erwerbslosenfürsorge fördern will.

Der Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses und Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Dittmann, hieß die von der Regierung abgegebene Erklärung im großen und ganzen gut und machte Vorschläge zu weiteren Maßnahmen. In einer Entschließung des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die vom Reichstag angenommen wird, wird die Reichsregierung ersucht, in bestimmten Zeiträumen eine Uebersicht über die getroffenen Maßnahmen zu geben.

Regierung und Reichstag haben gesprochen. Es ist möglich, daß damit die Arbeitslosigkeit in ihren schlimmsten Auswüchsen gemildert werden kann. Dennoch bleibt das Problem noch auf Jahre hinaus unge löst. Es ist noch nicht zu ersehen, wie sich die Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt auswirken werden. Die Gewerkschaften werden weiter auf dem Posten sein müssen und Mittel und Wege zu suchen sich bemühen, damit die deutsche Arbeiterschaft diese furchtbare Periode ohne großen Schaden überstehen kann.

Ergebnis der Abstimmung über die Verschmelzung.

Ortsvereine				Ortsvereine				Ortsvereine			
Ja	Nein	Unabstimmbar	Zusammen	Ja	Nein	Unabstimmbar	Zusammen	Ja	Nein	Unabstimmbar	Zusammen
Bezirk Königsberg i. Pr.				Bezirk Stettin.				Bezirk Leipzig.			
Allenstein	19	—	19	Röslin	71	7	78	Altenburg	200	40	240
Bischofsburg	26	5	31	Rolberg	23	7	30	Bernburg	20	24	44
Dartheimen	20	—	20	Lauenburg i. P.	8	9	17	Cöthen	12	60	72
Elbing	32	11	43	Basewall	—	30	30	Delitzsch	—	36	36
Gerbauern	22	4	26	Pyritz	—	20	20	Deßau	424	40	464
Goldap	11	—	11	Rügenwalde	19	1	20	Döbeln	107	41	148
Gumbinnen	16	—	16	Stargard	4	13	17	Eilenburg	31	5	36
Insterburg	12	1	13	Stettin	307	452	759	Gera	210	34	243
Königsberg i. Pr.	209	63	277	Stolp	—	24	24	Greiz	104	19	124
Neidenburg	15	—	15	Bezirk Hamburg.				Grimma	100	—	100
Ortelsburg	39	—	39	Burghude	82	7	89	Leipzig	913	187	1101
Osternode	17	—	17	Elmshorn	105	1	106	Rienburg a. d. S.	1	21	23
Tilsit	55	14	69	Hamburg	1570	191	1764	Delitzsch	10	38	48
Wartenburg	24	—	24	Harburg	64	30	94	Pegau	14	12	26
Wehlau	56	3	59	Lübeck	86	61	147	Plauen	29	60	89
Bezirk Danzig.				Lüneburg	28	—	28	Rötha	41	2	44
Danzig	47	117	164	Marne	2	3	5	Wittenberg	41	—	41
Marienwerder	—	4	4	Odenburg	44	5	49	Burzen	55	76	131
Bezirk Breslau.				Odesloe	5	—	5	Zeitz	72	32	104
Breslau	467	365	834	Stade	13	1	14	Zerbst	31	—	31
Brieg	63	—	63	Uelerfen	79	2	81	Bezirk Halle a. d. S.			
Freiburg	7	15	22	Bezirk Rostock.				Alstedt	25	—	25
Glauch	21	3	24	Lüchow	11	—	11	Alsfleben	22	—	22
Glogau	34	—	34	Demmin	16	9	25	Artern	75	9	86
Goldberg	12	3	15	Fürstenberg i. M.	5	38	43	Eisleben	57	12	70
Gorkau	12	37	49	Gärdenbusch	22	22	44	Halle a. d. S.	403	86	489
Görlitz	60	173	233	Grabow	48	3	51	Kamera	—	23	23
Gräbzig	20	1	21	Güstrow	8	7	15	Laucha	4	8	12
Grünberg	11	59	70	Kradow	13	4	17	Merseburg	68	14	82
Habelschwerdt	17	—	17	Lübz	7	97	104	Naumburg	34	—	34
Hirschberg	22	3	25	Neubrandenburg	30	31	61	Rosleben	22	—	22
Haynau	22	—	22	Neustrelitz	17	—	17	Sangerhausen	6	3	9
Landeshut	10	—	10	Parchim	27	8	35	Schkeuditz	65	2	67
Liegnitz	33	54	87	Ribnitz	19	3	22	Weißenfels	71	—	71
Löwenberg	8	49	57	Rostock	150	21	171	Bezirk Thüringen.			
Münsterberg	80	5	85	Waren	15	57	72	Apolda	36	10	46
Namslau	—	14	14	Bezirk Kiel.				Arnstadt	107	5	112
Neusalz	10	21	31	Kienburg	84	12	97	Bad Köfen	12	18	30
Nels	3	24	27	Kiel	323	65	388	Eisenach	76	18	95
Reichenbach	57	24	82	Neumünster	16	40	56	Erfurt	262	113	375
Rudelsdorf	9	21	30	Schleswig	16	—	16	Gotha	69	—	69
Schweidnitz	9	6	15	Bezirk Bremen.				Jena	30	26	56
Sprottau	—	12	12	Bremen	454	44	498	Kahla	29	—	29
Waldenburg	66	36	102	Bremerhaven	56	6	62	Kelbra	21	—	21
Bezirk Oberschlesien.				Bezirk Magdeburg.				Königsee	33	1	34
Beuthen	2	6	8	Calbe a. d. S.	7	11	18	Langesalza	58	10	68
Gießmannsdorf	19	36	55	Gardelegen	26	3	29	Meiningen	106	—	106
Hindenburg	12	52	64	Habmersleben	25	—	25	Mühlhausen	122	—	122
Kandrzin	11	12	23	Halberstadt	66	4	70	Neustadt (Orla)	24	4	28
Konstadt	28	1	29	Magdeburg	483	43	529	Nordhausen	126	11	137
Reiße	18	19	37	Neuhaldensleben	33	14	47	Rudolstadt	40	1	42
Oppeln	40	—	40	Niersleben	24	2	26	Saalfeld	90	—	90
Ratibor	58	6	64	Osterburg	11	—	11	Salzungen	2	38	40
Loß	31	—	31	Quedlinburg	17	24	41	Sondershausen	7	—	7
Bezirk Berlin.				Schönebeck	145	22	168	Sonneberg	121	3	124
Alt-Kuppin	1	6	7	Stahfurt	62	3	65	Suhl	9	8	19
Berlin	1981	1511	3511	Stendal	—	15	15	Themar	15	—	15
Brandenburg	29	24	53	Wernigerode	15	25	40	Weimar	14	24	38
Christianstadt	9	12	21	Wittenberge	13	34	47	Bezirk Dresden.			
Cottbus	45	30	75	Bezirk Braunschweig.				Dresden	1872	665	2539
Cüstrin	22	—	22	Braunschweig	399	43	442	Reißen	70	9	79
Deßau	3	23	26	Bezirk Hannover.				Riesa	143	10	154
Eberswalde	4	57	61	Celle	21	1	22	Bezirk Chemnitz.			
Finsternwalde	13	3	16	Göttingen	50	33	83	Chemnitz	417	444	863
Frankfurt a. d. O.	57	25	82	Bezirk Regensburg.				Crimmitschau	22	—	22
Fregsdorf	4	—	4	Bayreuth	20	92	112	Glauchau	24	47	71
Fürstenwalde	33	55	88	Hof	94	245	341	Zwickau	298	22	320
Guben	1	22	23	Bezirk Göttingen.				Ingolstadt	5	70	75
Königsberg (Markt)	15	17	32	Bezirk Göttingen.							
Landberg a. d. W.	24	1	25								
Lützen	—	24	24								
Ludersdorf	20	1	21								
Nützen	—	12	12								
Müllrose	9	26	35								
Oranienburg	38	22	66								
Potsdam	86	8	94								
Prenzlau	13	4	17								

Table with 4 columns: Ortsbereiche, Ja, Nein, Ungültig, and Zusammen. It lists various regions like Württemberg, Baden, Bayern, etc., with their respective counts.

Gesamtzahlen nach Bezirken.

Table with 4 columns: Bezirk, Ja, Nein, Ungültig, and Zusammen. It provides a summary of the election results by district.

In vorstehender Aufstellung mit einbezogen, aber das Abstimmungs-material verspätet eingekandt, haben folgende Ortsvereine: Habelschwerdt, Haynau, Münsterberg, Ebers-

walde, Landsberg a. d. W., Elmshorn, Riesa, Crimmitschau, Glauchau, Suhle, Rothhalmünster, Wschaffenburg, Heidenheim, Rempten, Radolfszell, St. Ingbert.

Wie ich Frankreich wiederfand.

Von Fritz Kummer.

I.

In Straßburg an der Schanz, da...

Der Weltkrieg wäre wahrscheinlich der Menschheit erspart geblieben, wenn die Arbeiterklassen der nationalstijischen Lüge widerstanden, wenn sie die Solidarität der Klasse über die der Nation gestellt hätten. Doch das ist nicht der Fall gewesen, die Arbeiterklassen sind das Opfer der Kriegshetze geworden, vornehmlich deshalb, weil sie sich zu wenig verstanden. Man sich aber zu verstanden, muß man sich gegenseitig kennen. Mit dem gegenseitigen Kennen war es indessen vor dem Kriege schlecht bestellt, und hierin ist es heute noch nicht besser. Das gilt im allgemeinen, insbesondere aber für die Arbeiterklassen Deutschlands und Frankreichs.

Auf die Frage nach dem Leben und Weben der französischen Arbeiter jacht man in Deutschland vergeblich nach einer klaren Antwort. Noch weiß man zu jagen, inwiefern ihre wirtschaftliche Lage durch den Krieg und seine Folgen beeinflusst worden ist. Vor allem aber mangelt es in Deutschland an der Kenntnis der Stimmung der französischen Arbeiter Deutschlands gegenüber. Zwar haben wir noch dem Kriege noch mehr als verdienstliche und jährliche Konferenzen, wo die Meinungen ausgetauscht und die gegenseitige Solidarität gepflegt wird. Vor einer Ueberprüfung des praktischen Wertes solcher Zusammenkünfte, so nützlich sie auch sind, wartet man jedoch die Erfahrung von 1914. Und dann kommt dort hauptsächlich eine Fälschung, weniger die arbeitende Untertwelt zum Wort. Im über diesen Tag und Denken wahrheitswidrige Ansichten zu erheben, ist persönliche Bekanntschaft, mündliche Ansprache und eigene Betrachtung des Lebens und Webens der Arbeiter nötig. In diesem Besitze bin ich von Straßburg bis Lille im Rückland durch einige Kriegsgebiete und Industriegebiete gewandert und habe mir bei früheren Arbeitkollegen und Gewerkschaftsgesellen, noch mehr aber bei Leuten auf der Straße und im Wägen, in Arbeitervereinen und Berghütten Auskunft geholt.

Ein Teil der Ergebnisse dieser Streifzüge soll im folgenden wiedergegeben werden.

Eine von den Wandlungen, die der Krieg vollzogen, schlug mir schon in Rehl in die Augen. Einst war dieser deutsche Bahnhof einer wie jeder andere. Heute bildet er die Grenzschleife zwischen Deutschland und Frankreich. Hier haben die französischen Postkontrolloren und Zollner ihre Amtsbude aufgeschlagen. Beide verrichten höflich zwar, aber peinlich ihr Geschäft. Den Zollnern ist viel an dem Fänden von Silberzeug, Edelfeinen und Rauchtraut zu tun, und durch den langen Latzengang kommt man erst hindurch, nachdem der Paß gemustert und das teure Bijou mit einem Zinken verpaßt worden ist. Es berührt sehr angenehm, daß die deutsche Obrigkeit nun endlich herausgefunden hat, daß das Reich auch ohne Flepperei ihrer Steuerzahler nicht umfällt. Dann dieser Erkenntnis kann der Deutsche jetzt sein Vaterland betreten oder verlassen, ohne von der Peinlichkeit seiner Bureaucratie einen Beweis zu erleiden, den er sein Leben nicht vergißt. In Rehl wurde nur noch von einem bestimmten Teil von Ausländern ein vierter Paß verlangt. Das Geschäft besorgte ein uniformierter Falstaff lakisch und fremdlich, ja er dankte sogar einer Gruppe Engländer beim Zurückgehen der Pässe. Daß ein deutscher Subalterner Leuten damit, die ihn in Achtung setzen, das war man bislang nicht gewöhnt. Die deutsche Republik wirkt Wunder!

An den Keller Bahnhof stößt die Rheinbrücke. Gleich hinter der Brücke beginnt jetzt Frankreich. Rechts vorne wird das Straßburger Münster sichtbar. Beherrschende Erinnerungen reigen an. Man kann es noch nicht recht fassen, daß man schon auf französischem Boden ist, zumal die Felber, Häuser und Menschen noch so sind wie einst. Erst bei der Einfahrt in den Bahnhof von Straßburg wird einem völlig klar, daß man tatsächlich in Frankreich ist. Alle Inschriften französisch. Und diese Zeichen des großen Wandels begleiten einem durch die ganze Stadt. Sämtliche Straßennamen französisch, die Firmennamen desgleichen, und die französische Flagge weht an auffallend vielen privaten und amtlichen Gebäuden. Nur hier und da entdebt der aufmerksame Beobachter noch eine deutsche Aufschrift. So an einem Gasthaus: Weinstube zur Rehlstraße.

Ueberhaupt nichts eingekandt haben folgende Ortsvereine: Bezirk Königsberg: Bartenstein, Kastenburg; Bezirk Danzig: Flatow, Schöngau; Bezirk Breslau: Bernstadt, Striegau; Bezirk Ober-Schlesien: Falkenberg, Gleiwitz, Leobschütz, Neustadt D./S., Ottmachau; Bezirk Berlin: Angermünde, Forst, Golzow, Neustadt (Dosse), Schwiebus, Storkow, Werneuchen; Bezirk Stettin: Greifswald, Neustettin, Polzin, Stralsund; Bezirk Hamburg: Aulich, Bremerörbe, Heidemühle, Iphoe, Norden; Bezirk Rostock: Schwerin; Bezirk Magdeburg: Burg, Saßwedel; Bezirk Hannover: Einbeck, Northeln; Bezirk Leipzig: Torgau; Bezirk Halle a. d. S.: Wscherleben; Bezirk Thüringen: Frankenhäusen, Ilmenau, Pöfned, Unterweißbach; Bezirk Kurlmbach: Kronach; Bezirk Ulm: Au-Ilertissen, Aulendorf, Hermaringen; Bezirk Mannheim: Waldshut, Wolfach/Bieberach; Bezirk Rassel: Gschwege; Bezirk Koblenz: Udernach.

Nachträglich sind noch folgende Abstimmungsergebnisse eingelaufen:

Small table with 4 columns: Ort, Ja, Nein, Ung. Zuf. It lists Kreuzburg D./S., Zwickau (Nachtrag), and Regensburg bto.

Unter Hinzurechnung der noch nachträglich eingekandten Ergebnisse verändern sich die Abstimmungsziffern wie folgt:

Small table with 2 columns: für Verschmelzung, gegen Verschmelzung, ungültig, Gesamtbeteiligung. It shows 33 130 Stimmen for Verschmelzung and 48 263 for Gesamtbeteiligung.

Unternehmer und Volksentscheid.

Die Sorge der deutschen Unternehmer ist nicht etwa die Inangnahme der deutschen Wirtschaft auf vernünftiger Grundlage. Alles Denken und Fühlen der Unternehmer dreht sich vielmehr um den Profit, der nicht aus der Produktion erwachsen, sondern sich aus dem Druck auf die Arbeiter ergeben soll. Deshalb haben die Unternehmer auch eine Kopfsteuer zur Finanzierung des Volksentscheides über die Fürstenabfindung ausgeschrieben. Ein besonderes Interesse an der Wiederkehr der Fürsten haben gerade die Unternehmer am wenigsten, da sie viel zu genau wissen, daß dadurch die Wirtschaft in keiner Weise gehoben würde. Aber an der Wiederkehr der „alten Disziplin“ haben die Unternehmer ein um so größeres Interesse, und diese Wiederkehr erhoffen sie von der Monarchie. Nun hat sich aber bei dem Volksentscheid gezeigt, daß nicht nur die „Volschwärmer“, wie die Unternehmer alle Arbeiter und Angestellten bezeichnen, die Anspruch auf Menschenrechte erheben, sondern auch weite bürgerliche Kreise ihre Stimme für die Fürstentemignung abgegeben haben. Das schöne Unternehmernegeld für die Fürstenpropaganda ist nunlos vertan, und die Unternehmer schreien Zeter und Mordio.

Es lohnt schon, die Lamentationen der Unternehmer etwas näher zu beleuchten, schon deshalb, weil die Unternehmer in ihrer Wut allzu offenerzig sind. Ein besonders einflussreiches und ebenso heftiges Organ ist die „Bergwerks-Zeitung“, die in ihrer Nummer vom 22. Juni 1920 dem Volksentscheid einen Leitartikel widmet. Einige Abschnitte daraus seien nachstehend wiedergegeben:

„Aus der Fege der vergangenen Wochen muß das Bürgertum eine Lehre ziehen, wenn es nicht verloren gehen will! Keinfliche Scheidung! Kampf gegen den vereinigten Sozialismus und Kommunismus aller Schattierungen; vor allem gegen den bürgerlichen, weil diese Art die gefährlichste ist. Sie führt zur Knochenweichung des Bürgertums. Hier Volschwärmer, dort Anhänger der Ordnung! Ein Drittes gibt es nicht.“

„Die heutigen Pseudodemokraten kämpfen mit allen Fasern ihres Herzens dafür, daß die Persönlichkeit gefehelt wird. Der einzelne soll nichts mehr sein, der sozialistische Staat, Gewerkschaften, Korporationen alles! So herrscht heute eine Stille in Deutschland, in der es keine wahre Freiheit, keine Entwicklung für den einzelnen mehr — es sei denn die zum Parteibonzen und

Hieran hat sich wohl die Uebersetzungskunst vergeblich bemüht. Dann natürlich zahlreiche französische Uniformen. Am Bahnhof merkwürdig viel Soldaten, meist blutjunge Gesichter, die einem mitteilidig stumm können. Abgesehen von diesen äußeren Zeichen des Wandels ist in Straßburg noch fast alles beim alten. Die Leute auf der Straße, die Polizisten, die Straßbahnschaffner, die Wirte und Gäste sprechen noch das uraltschöne Deutsch von einst. Und die Unterhaltung mit uns Deutschen läßt an Offenherzigkeit und Freundlichkeit nichts zu wünschen übrig. Selbst die Frauen haben sich nicht geändert, abgesehen von ihren Köden, die allerdings verzweifelt kurz geworden sind. Aber der giftige Roeren ist ja tot, und seine Nachtreter haben im Elsaß nichts mehr zu sagen.

Als die Franzosen in Straßburg einzogen, sind sie nach einhelligem Urteil von allen Volschichten mit offenen Armen und beispiellosem Jubel empfangen worden. Wenn sich Kapitalisten, Geschäftsleute und politische Stellenjäger einer neuen Herrschaft in die Arme werfen, braucht man sich dabei nicht weiter aufzuhalten, denn wir haben dergleichen bei dem Uebergang Oberschlesiens an Polen, bei der Ruhrbesetzung und noch bei anderen Gelegenheiten genugsam erlebt. Etwas anderes ist es indessen mit der Arbeiterschaft. War, wie oft behauptet wird, ihre Begeisterung für die Franzosen nur der Ausdruck des Frohgefühls darüber, daß das deutsche militärische Joch und das blutige Gemetzel endlich vorbei war, und daß die Franzosen Wein, Weißbrot und Zucker mitbrachten — oder entquoll die Begeisterung ehrlicher Uebersetzung? Eine überzeugende Antwort habe ich auf diese Fragen nirgends gefunden, wohl aber oft die Meinung, die Begeisterung der Arbeiterschaft sei nichts als ein künstlich entfachte Hoffnungs- und Freudengeielf gewesen, der längst begonnen habe, in sein strackes Gegeteilm umzuschlagen. Wobei zuweilen auf die Bewegung für die Autonomie Elsaß-Lothringens hingewiesen wird, die im Grunde als der Ausdruck des Dranges, zu Deutschland zurückzukehren, zu werden sei.

Was ist am Wahrheit?

auf diesem Wege zur Staatsklippe — gibt. Ein solches Land, das die Rechte der Persönlichkeit mit Füßen tritt, muß zugrunde gehen an der unerträglichsten Versumpfung, welche die Folge davon ist."

„Der schlimmste Feind ist der schleichende Bolschewismus, den die Bürgerlichen mitmachen, weil sie seine Tragweite nicht erkennen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Unterdrückung der Freiheit und der Rechte des einzelnen durch Mehrheitsbeschlüsse von Korporationen, die dann als Bestandteil von Tarifverträgen für verbindlich erklärt werden, selbst für solche, die den betreffenden Korporationen nicht angehören. Sie nehmen dem einzelnen die eigene Verantwortung ab und stellen erwachsene, im Vollbesitz ihrer geistigen und körperlichen Kräfte befindliche Menschen unter Skutatel. Dieser ganze Geist ist es, der uns in den Sumpf zieht. Wach auf, Bürgerer! Du darfst dabei nicht länger mitlügen. Es gibt keinen größeren Fortschritt als Reaktion und immer wieder Reaktion auf alles das, was aus diesem Gebiete hervorgeht."

Diese Deklamationen sind Pfeile, die auf den Schützen zurückgeschossen, sie brauchen nicht widerlegt zu werden. Dagegen ist es für die Arbeiterklasse sehr wichtig, durch diese Angriffe die Bestätigung zu erhalten, daß es den Unternehmern bei der finanziellen Beteiligung an dem Kampfe gegen den Volkseinscheid nicht um die Monarchen zu tun war. Diese Kaiser, Könige und sonstigen Fürsten sind den Industriefürsten als Personen vollkommen gleichgültig. Sie wollen sie nur als System wiederhaben. Die Arbeiterrechte sollen verschwinden, wenn die Monarchie wiederkehrt. Der Unternehmernkampf gilt der Vereinigungsfreiheit, dem Tarifvertrag, der Arbeitslosenunterstützung und allen sonstigen Rechten der Arbeiter. Die Arbeiterklasse muß erkennen, worum es tatsächlich geht, und den Erfolg zielbewußt ausbauen, der mit dem Volkseinscheid errungen worden ist.

Das Unternehmerorgan scheut sich auch nicht, die erlittene Niederlage einzugestehen. Mit der Monarchie ist es nichts mehr, und die Arbeiterrechte sollen daher auf dem Boden der Weimarer Verfassung bekämpft werden. In der Nummer vom 23. Juni 1926 befindet sich ein weiterer Leitartikel mit folgendem Geständnis:

„Es hat keinen Zweck, sich zu verhehlen, daß die Weimarer Verfassung nach einem Kampf von nunmehr sieben Jahren als „verankert“ zu gelten hat, und daß jeder Angriff auf sie nur zu ihrer Stärkung und weiteren Stabilisierung beiträgt."

Diese Erkenntnis muß die Arbeiterklasse vertiefen und zu einer unumstößlichen Gewißheit machen. Das geht aber nur, wenn sich die Arbeiterklasse zu der deutschen Republik unumwunden bekennt. Es gilt die Weimarer Verfassung mit dem Geiste zu erfüllen, der in der Arbeiterklasse lebt, deren Vertreter ja bei der Schaffung dieser Verfassung hervorragend mitgewirkt haben. Die Reichsverfassung enthält auch die Grundrechte der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem Gebiet. Das einheitliche Arbeitsrecht, die Vereinigungsfreiheit, das Mitbestimmungsrecht, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung sind in dieser Verfassung verankert, von der das Unternehmerorgan nunmehr zugibt, daß sie nicht mehr zu beseitigen ist.

Es geht also nun nicht mehr um die Republik und die Weimarer Verfassung, sondern es geht jetzt um den Geist, der Republik und Verfassung erfüllen soll. Daher schreibt auch das Unternehmerorgan in einem dritten Artikel am 24. Juni 1926:

„Die Wirtschaft tut gut daran, alle diese Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß endlich der Antimarginalistenblock zu Stande kommt."

Auch die Arbeiterschaft tut gut daran, alle Aufmerksamkeit diesen Dingen zu widmen und einen Antikapitalistenblock zu schaffen. Die Energie unserer Gegner muß uns zu der gleichen Kraftentfaltung anspornen. Die Zeit der Herren und Knechte muß endgültig vorbei sein. Wir wollen einen Staat von freien Menschen schaffen, die alle ein Anrecht an die Kulturgüter haben. Das ist das Ziel und das Streben der Gewerkschaften. Wenn die Arbeiterklasse das immer mehr erkennt, dann werden die Herrschergelüste der Unternehmer ebenso zerfallen, wie der Kampf gegen die

Es hat, wie ich mich genugsam überzeugen konnte, so jede Volksschicht zu klagen. Die einen über Unfreiheit, die andern über hohe Steuern, die dritten über die Franzöisierung in der Schule, die Katholiken über die drohende Kalenskule, und alle über die Schlamerei der französischen Behörden. Eine größere Unabhängigkeit dieses oder jenes Verwaltungszweiges wurde vielfach für wünschenswert, nein für unerlässlich gehalten. Selbstverständlich habe ich von sozialdemokratischen Arbeitern die wenigsten Klagen über Frankreich gehört. Gewiß hatten auch sie manches zu bemängeln und zu wünschen, aber der Ton, in dem sie die Klagen und Wünsche ausdrückten, entbehrte nicht der Wärme für das neue Vaterland. Für die Autonomiebewegung, von der in einem Teil der deutschen Presse jüdische Aufhebens gemacht wird, hatten meine politischen und gewerkschaftlichen Freunde nichts anderes als Spott und noch schlimmeres übrig.

Fast immer ließ ich im Gespräch die Frage durchklingen, ob es nicht bei Deutschland besser gewesen sei und ob man nicht lieber wieder zu ihm zurückkehren möchte. Indessen, wer immer mein Gegenüber war, nie habe ich darauf ein Jahehören kommen sehen, das wie Zustimmung hätte geendet werden können. Selbst bei den schärfsten Kritikern der französischen Herrschaft kann ich mich keiner Andeutung erinnern, die wie Sehnsucht nach Deutschland geklungen hätte. Gegen das republikanische Deutschland hatte keiner etwas einzuwenden; jeder hielt es dem kaiserlichen Zustand gegenüber für einen bedeutenden Fortschritt. Aber der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich lief dennoch zugunsten des letzteren aus.

Eine dermaßen einheitliche Zuneigung der arbeitenden Schichten zu Frankreich überraschte mich sehr. Nach allem, was ich in der deutschen Presse gelesen hatte, glaubte ich wenigstens teilweise Sehnsucht nach dem Alten, dem Verlorenen zu finden, fand statt dessen aber, wenn auch keine allgemeine Zufriedenheit mit dem Neuen, so doch den allgemeinen Wunsch, das Alte verloren sein zu lassen. Nach dem Woher der Zuneigung zu Frankreich befragt, konnten die einen überhaupt nichts Bestimmtes zu sagen, wohl weil sie darüber noch nicht nachgedacht hatten, von den andern erhielt ich nur Teilantworten.

Weimarer Verfassung erfolglos geblieben ist. Die Ausführungen des Unternehmerorgans sind daher ein Teil von jener Kraft, die das Böse will und das Gute schafft! (Nachdruck verboten!)

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Zum 23. Juni hatte der Reichswirtschaftsminister die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu sich gebeten, um sie über die Schwierigkeiten aufzuklären, die der Durchführung der sogenannten Ruffentredite entgegenstehen. Bekanntlich hat sich das Reich bereit erklärt, bei Exporten nach Rußland bis zu einer Gesamthöhe von 300 Millionen Mark eine Ausfallgarantie von 40 Proz. zu übernehmen. Durch die Hartnäckigkeit, insbesondere der Banken, kommen die Verhandlungen, die Wege erschließen könnten, um einem Teil der Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, leider nicht vorwärts. Immerhin konnte der Minister die Zusicherung geben, daß die Besprechungen nicht abgebrochen seien, wie es in einem Teil der Presse behauptet wurde*).

Anschließend bat der Minister die Gewerkschaftsvertreter, ihm ihre Ansichten über die immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit mitzuteilen. Kollege Spliebt vom ADGB entwarf daraufhin ein Bild der bestehenden Arbeitslosigkeit, die erst in den letzten Wochen wieder zugenommen habe. Die Ziffern der Arbeitslosen werden sich in den nächsten Monaten kaum senken und so stehe zu befürchten, daß sie im Winter recht bedeutend steigen werden. Trostdem dürfe keinesfalls an eine Herabsetzung der Unterstützungssätze gedacht werden. Insbesondere dürfe nicht zugelassen werden, daß Industriearbeiter in landwirtschaftlichen Bezirken geringere Unterstützungssätze bekommen, nur weil die Landwirte dieser Bezirke ihren Arbeitern eine völlig ungenügende Bezahlung bieten. Man müsse sich im Gegenteil darüber verständigen, wie die Unterstützungen noch erhöht werden könnten. Als man die Höhe der Unterstützungen festgelegt habe, habe man sie nur als Aushilfe für kurze Arbeitslosigkeit gedacht. Bei monatelanger Arbeitslosigkeit seien sie aber völlig ungenügend.

Eine Minderung der Arbeitslosigkeit könne erzielt werden durch die Ausnutzung der Ruffentredite, durch Auftragserteilungen von Reichspost und Reichsbahn, die ja erst kürzlich 100 Millionen Mark auf dem Anleihewege aufgenommen habe, und durch andere produktive Maßnahmen größeren Stils. Dazu gehöre in erster Linie Siedlungspolitik, Kanal- und Straßenbauten. All diese Dinge müßten ja doch eines Tages gemacht werden. In einigen Jahren haben wir vielleicht weniger Arbeitskräfte durch den Geburtenausfall während des Krieges, hoffentlich auch größere Beschäftigung. Will man etwa gerade dann diese Arbeiten nachholen? Die vorgeschlagenen Arbeiten seien in hohem Maße wertschöpfend und von dauerndem Nutzen. Es sei deshalb durchaus zweckmäßig, sie auf dem Wege der Anleihe zu finanzieren. Der inländische Kapitalmarkt sei noch lange nicht erschöpft, wie die Ueberzeichnung der Eisenbahnanleihe beweise; auch der ausländische stehe offen. Zudem berge die deutsche Wirtschaft noch Steuerreserven, die ausbeutet werden könnten. Freilich verkenne er die Schwierigkeiten nicht, die sich all diesen Arbeiten entgegenstellen: sie lägen in der Zuständigkeitsfrage der einzelnen Behörden, lägen daran, daß sich Länder, Provinzen und Kommunen gegen eine reichsgesetzliche Regelung sträubten. In diesen kleinsten Widerständen dürfe aber die Arbeitsbeschaffung keinesfalls scheitern.

Spliebt's Ausführungen wurden wirkungsvoll von Eggert ergänzt, der auf die Rationalisierungsfrage einging. Die Arbeiterschaft wehre sich nicht gegen die Rationalisierung, trotzdem gerade sie die Folgen unmittelbar verspüre. Sie wolle aber dafür auch die Wirkungen sehen, die sich in einer fühlbaren Preiserhöhung zeigen müsse. Freilich sinken die Preise für Fertigwaren, aber nur deshalb, weil die Rohstoffpreise viel stärker sinken. Die Spanne zwischen Rohstoffpreisen und Fertigwarenpreisen werden

* Inzwischen haben die Verhandlungen unter Vermittlung des Reichswirtschaftsministers zu einer Einigung geführt.

Die verständlichste und umfassendste Erklärung erhielt ich von einem halben Duzend Hüttenarbeiter, mit denen ich von Weh weiterfuhr. Sie hatten ihre Wochenschicht beendet und fuhren nun über den Sonntag heim zu ihren Verwandten. Die älteren kannten die Verhältnisse im Rheinland, Saargebiet und Elsaß durch langjährige Beschäftigung. Nachdem sie mir ihre jetzigen Duzenzustände und die Bezahlung geschildert hatten, meinte ich, das sei noch ebenso würdig wie früher, denn der Lohn sei noch genau so niedrig, wenn man ihn umrechne. Das wollte indessen keiner wahrhaben. Schließlich sagte der ältere: „Man hat jetzt doch besser zu fressen, in der Bude braucht man sich nicht zu fochen, wenn man einen Borgeßten sieht, und auf der Polizei keine Feldwebelresse!" Die andern ergänzten diese Schwerarbeiterfrage dahin, daß man früher kaum etwas anderes als schwarzen Kaffee, Kartoffeln und Schwarzbrot gehabt habe, heute aber könne man sich Fleisch, Wurst, Weißbrot und Weizen leisten. Dann gehe man jetzt mit leichtem Gefühl zur Arbeit, weil man mit den neuen, den französischen, Borgeßten eher reden könne und sie auch Verständnis für die Anliegen der Arbeiter zeigten. Aber die französische Bureaucratie? Nun ja, die lasse sich Zeit; man müsse mehrmals laufen, um etwas zu erreichen. Das sei bei der deutschen Bureaucratie freilich nicht nötig gewesen; denn von ihr habe man schon das erste Mal einen Schnauzer bekommen, so daß die Zwecklosigkeit des Wiederkommens ganz klar gewesen sei.

Es sind somit Besserungen wirtschaftlicher und politischer, vor allem aber auch sozialer und seelischer Art, was die arbeitenden Schichten zu Frankreich hinzieht und dieses Deutschland vorziehen läßt. Das kaiserliche Deutschland brachte der elack-lotringischen Bevölkerung wirtschaftlichen Aufschwung; es baute ihr prächtige Postgebäude, Schulen und Kirchen, zugleich auch massive Gefängnisse und Kasernen mit preußischen Unteroffizieren; es baute ihr Straßen, Bahnen und Brücken, aber es verstand nicht, die Hauptfrage zu befragen, nämlich Brücken zur Seele des Volkes zu schlagen. Die kaiserliche Obrigkeit und das ihr seelenverwandte Unternehmertum verstanden es nicht, Zuneigung zu entfachen, wohl aber gelang es ihnen, Abneigung und Haß zu wecken. Und das ist ihnen in einer Vollständigkeit gelungen, daß der deutsche Patriot jede Hoffnung fahren lassen kann.

jedoch immer größer. Hieran anknüpfend, verlangte Schweiher vom ADGB-Bund Maßnahmen gegen die Kartelle, die künstlich die Preise hochhielten. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften wies auf den Kampf der Konsumvereine gegen das Markenartikelwesen hin und verlangte Einschreiten des Reichswirtschaftsministers.

Der Minister dankte den Gewerkschaftsvertretern für ihre Ausführungen, erklärte, daß sein Ministerium all die angeschnittenen Fragen mit größter Aufmerksamkeit verfolgen werde, und daß er sich vorbehalte, die Gewerkschaftsvertreter zu gegebener Zeit wieder zu einer Besprechung zu bitten.

Die Höhe der Reallöhne.

Für die Beurteilung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft ist eine genaue Feststellung der Reallöhne von sehr großer Wichtigkeit. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn von Organen der Arbeiterschaft der Versuch gemacht wird, die jeweils gültigen Reallöhne genau festzustellen. In dem vom Münchener Ortsauschuß des ADGB herausgegebenen Jahresberichtes für 1925 finden wir neben anderen sehr wichtigem Material eine Berechnung der Reallöhne der Arbeiterschaft Münchens. Danach gestalten sich diese wie folgt:

Reallöhne 1925 in Prozent des Vorkriegsstandes. Tabelle mit Spalten für Holzindustrie, Textilindustrie, Bauindustrie, Metallindustrie, Brauindustrie, Graphische Industrie und Zeilen für Facharbeiter und Hilfsarbeiter.

Nach dieser Aufstellung gelang es in den meisten Münchener Industrien, im Laufe des Jahres eine Erhöhung der Reallöhne zu erzielen. Eine Ausnahme macht nur die graphische Industrie, wo eine Senkung festgestellt wurde. Der Münchener Ortsauschuß bemerkt zu dieser Tabelle: „Unserer Berechnung wurden die tariflichen Bruttomonatslöhne bei normaler Arbeitszeit zugrunde gelegt. Würden noch die Steuern und sozialen Abgaben, die wesentlich höher sind als in der Vorkriegszeit, und sicherlich je nach der Lohnhöhe 10 bis 12 Proz. des Lohnes ausmachen, mit eingerechnet werden, dann vermindert sich der Reallohn noch ganz bedeutend, so daß bei keiner Industriebranche, weder bei den Facharbeitern noch den Hilfsarbeitern, der Friedenslohn erreicht ist. Wie es bei dieser Tatsache möglich ist, daß amtliche Stellen behaupten können, daß bei den Facharbeitern der Reallohn der Vorkriegszeit knapp erreicht ist und bei den Hilfsarbeitern teilweise sogar bis zu 40 Proz. überschritten ist, bleibt uns ein Rätsel, das wir nicht lösen können. Daß derartige Zauberkunststücke das Vertrauen in die amtliche Statistik nicht stärken, liegt klar auf der Hand. Solche Methoden mögen zwar für die Unternehmer zum Lohndruck sehr erwünscht sein, die Not der Arbeiter ändern sie aber nicht."

Steuerfreie Nachzuschläge.

Finanzamt Wschaffenburg I, Telef.-Nr. 683/84, Wschaffenburg, den 28. Juni 1926. An den Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Bezirk Würzburg. Würzburg, Semmelstraße 46. Gegenstand: Steuerabzug vom Arbeitslohn; hier Befreiung der Nachzuschläge in den Brauereien und Malzfabriken. Zum Antrag v. 15. Juni 1926.

Die auf Grund des Landestarifvertrags für das bayerische Brauergewerbe gewährte Nachzuschläge in Höhe von 50 Pf. per Schicht wird antragsgemäß als Dienstaufwandsentschädigung im Sinne des § 36 Abs. 2 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes anerkannt und gehört als solche nicht zum Arbeitslohn im Sinne des § 36 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes.

Die Firma Bay. Aktienbrauerei Wschaffenburg und die Firma Haylandsche Brauerei Wschaffenburg wurden von vorstehendem in Kenntnis gesetzt.

In der hier bestehenden Malzfabrik Gabriel Ries Wschaffenburg sind Nachzuschläge nicht eingeführt. In Vertretung: Reuß.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Schlussfolgerung des Kollegen Schrems aus dem Bescheid des Finanzamtes Hof in voriger Nummer der „Verbands-Zeitung“, wonach nun für ganz Bayern die Steuerfreiheit der Nachzuschläge geregelt sei, falsch ist. Kollege Schrems wollte jedoch nur sagen, daß die Kollegen nunmehr überall sich darum bemühen müssen, die Nachzuschläge steuerfrei zu erhalten, und empfiehlt den Weg über die Arbeitgeber. Der Antrag beim zuständigen Finanzamt ist immer Voraussetzung für die Steuerfreiheit der Nachzuschläge. Das ist wohl allgemein bekannt.

Erschreckende Zunahme von Unfällen im norddeutschen Mühlengewerbe.

Der Sektion 7 der Mülereiberufsgenossenschaft (Medlenburg-Schwerin, Schleswig-Holstein usw.) wurden im Jahre 1925 473 Unfälle gemeldet. Die Ziffern der Vorjahre waren 1924: 391, 1923: 282, 1914: 133. Da die Zahl der Betriebe sowohl wie die Zahl der Beschäftigten im vergangenen Jahre sicher nicht höher ist als im Jahre 1914, so stellt das rund eine dreifache Steigerung der Unfälle dar. Das ist die Bilanz des Ueberflutens und der Leutesparerei, namentlich vor dem gangbaren Zeug. Die verstümmelten Kollegen sind eine ernsthafte Mahnung.

an die Mühlenarbeiter, sich in Verband zusammenzuschließen, um die Ursachen dieser häufigen Unfälle zu beseitigen.

Der Section 8 der Müllereiberufsgenossenschaft (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe usw.) wurden im Jahre 1925 762 Unfälle gemeldet, die höchste Zahl seit Bestehen des Unfallversicherungsgesetzes.

Verkehrsstraßen 1. und 2. Ordnung in Leipzig.

Straßen, an deren Eingängen ein auf die Spitze gestelltes rotes Quadrat sichtbar ist, sind Verkehrsstraßen 1. Ordnung, Straßen, die zwei übereinanderliegende Quadrate zeigen, sind Verkehrsstraßen 2. Ordnung.



- a) Werktags von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt.
b) Personenfahrzeuge dürfen zwischen 10 Uhr vorm. und 8 Uhr nachm. nur zum Ein- oder Aussteigen halten.
c) Das Auf- und Abladen von Gütern ist nur bis 12 Uhr vorm. und von 1/2 2 Uhr bis 4 Uhr nachm. erlaubt.
d) Für alle Fahrzeuge ist das Wenden verboten.
e) Gleichartige Fahrzeuge dürfen einander nicht überholen.

Zu Verkehrsstraßen 1. Ordnung werden erklärt: die Petersstraße, die südliche Fahrbahn des Marktes, die Grimmaische Straße.

Zu Verkehrsstraßen 2. Ordnung werden erklärt: die Burgstraße zwischen Schulstraße und Thomasstraße, die Thomagasse, der Neumarkt, die Universitätsstraße zwischen Gewandgasse und Grimmaischer Straße, die Hauptstraße, die Katharinenstraße, die Planenische Straße, die Reichstraße, Am Hallischen Tor, die Nikolaistraße, die Ritterstraße mit Ausnahme des Teiles am ehem. Königl. Palais, der Brühl.

Nach Durchgangsverkehr ist der Fahrverkehr zwischen den außerhalb des Promenadenringes liegenden Stadtteilen durch die innere Stadt zu bestehen.

Die Beschränkung des Güterverkehrs bezieht sich auch auf Güter, die auf Handwagen oder Transportdreirädern befördert werden.

Die einzelnen Verbote werden ausschließlich durch die oben angegebenen Zeichen kenntlich gemacht. Die bisherigen Verbotszeichen werden entfernt werden.

Die neuen Bestimmungen treten am 17. Mai 1926 in Kraft.

Arbeitsrecht.

Der Schatz für Betriebsratsmitglieder beginnt am Tage der Wahl. Ein Handelsreisender war zum Betriebsrat gewählt worden.

Am selben Tage, als seine Wahl durch Anschlag im Betriebe bekannt gegeben wurde, wollte er mit seinem Direktor wegen Lohnfreilichkeit verhandeln. Auf Grund der Erklärung des Direktors, keine Zeit zu haben, kam es zu Auseinandersetzungen.

Zu seiner Klage vor dem Gewerbegericht Berlin teilte der Arbeiter mit, dass ihm ohne Zustimmung der Betriebsleitung gekündigt worden sei. Die beklagte Firma machte geltend, dass die Geschäftsleitung keine Kenntnis von der Wahl des Klägers zum Betriebsrat gehabt habe.

Das Gewerbegericht vertrat in seiner Urteilsbegründung den Standpunkt, dass der Schatz des Betriebsratsgesetzes für Betriebsratsmitglieder mit dem Tage der Wahl beginnt.

Das Gewerbegericht vertrat in seiner Urteilsbegründung den Standpunkt, dass der Schatz des Betriebsratsgesetzes für Betriebsratsmitglieder mit dem Tage der Wahl beginnt.

Das Gewerbegericht vertrat in seiner Urteilsbegründung den Standpunkt, dass der Schatz des Betriebsratsgesetzes für Betriebsratsmitglieder mit dem Tage der Wahl beginnt.

Berichte.

In den Tod geht.

Anfangs Mai dieses Jahres berichteten die Mannheimer Zeitungen, dass der Mühlenarbeiter Julius Rudolf von seiner Familie schon mehrere Tage vermisst würde. Auf Grund seiner gedrückten Stimmung und gemachten Äußerungen in den letzten Tagen vor seinem Verschwinden, vermutete man, dass er sich selbst ein Leid zugefügt habe.

Ein Leben voll Not und Sorgen, fleißiger Arbeit, ehrlichem Streben, steter Pflichterfüllung und nach 34-jährigen Wirken in einem Betriebe, wie kann ein Mensch, der sich all dieses bewußt ist, im Alter von 64 Jahren noch einer Behandlung widerstehen, wie sie diesem Arbeiter Julius Rudolf in seiner Arbeitsstätte zuteil wurde.

Wir sind durch die Erlebnisse der letzten zwölf Jahre so stark abgestumpft, daß man über die Ursachen der Tragödie einzelner Menschen nicht weiter nachdenkt. Besonders das Los der Arbeiterschaft ist zu alltäglich.

Im vorliegenden Falle beklagte sich der in den Tod gegangene Arbeiter Julius Rudolf verschiedentlich über die ihm von seinem Vorgesetzten,

Herrn Mayer,

zuteil gewordene Behandlung. Herr Mayer ist kaum ein Jahr in der Mühle Ed. Kauffmann und Söhne, Mannheim, beschäftigt. Ob er besonderen Auftrag hatte, sein Meisterstück in der Behandlung der Arbeiter zu machen, oder ob diese Eigenschaften dem Herrn Mayer schon in die Wiege gelegt wurde, wissen wir nicht.

Rudolf ist tot, und tote Menschen können nicht mehr sprechen, nicht mehr zeugen.

Es ist leider das traurigste Kapitel im deutschen Wirtschaftsleben, daß der Arbeiter seitens der Unternehmer nur als notwendiges Übel anerkannt und behandelt wird. Es ist höchste Zeit, daß unsere Unternehmer von diesem System ablassen.

Rundschau.

Aktienbrauereien und Malzfabriken in Deutschland. Nach der Gewerbezahlung vom 16. Juni 1925 waren laut dem dem Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift 'Wirtschaft und Statistik' folgende Brauereien und Malzereien in Händen einer Aktiengesellschaft vorhanden:

132 Gesellschaften mit einem Kapital von 50 000 RM., 14 Gesellschaften mit einem Kapital von 50 000 bis 100 000 RM., 132 Gesellschaften mit einem Kapital von 100 000 bis 500 000 RM., 96 Gesellschaften mit einem Kapital von 500 000 bis 1 Million Reichsmark, 103 Gesellschaften mit einem Kapital von 1 Million bis 5 Millionen Reichsmark, 14 Gesellschaften mit einem Kapital von 5 Millionen bis 10 Millionen Reichsmark, 6 Gesellschaften mit einem Kapital von 10 Millionen bis 20 Millionen Reichsmark, 1 Gesellschaft mit einem Kapital über 20 Millionen Reichsmark.

Ein Münchener ärztliche Kapazität, bekannt als strenger Alkoholgegner, hielt unbedingt darauf, daß in seinem ganzen Haushalt kein Bier genossen wurde.

Als nun jüngst dieser ärztliche Haushalt eine Köchin benötigte und die schwierigere Wahl getroffen worden war, hielt der Hausherr dem Kocher folgende Ansprache: 'Alkohol ist Gift, ganz gleich, in welcher Form und in welcher Menge er genossen wird! Darum gibt's bei mir kein Bier. Ich erlaube auch nicht, daß Sie in meinem Haus etwa in Ihrer Kammer welches trinken! Ich hoffe, daß Sie Ihnen nichts anmüht!'

'Nein, Herr Doktor', erwiderte gleichmütig lächelnd das Kocher, 'ich war schon mal in so einer geheilten Käuferfamilie!'

Literarisches.

Der neue Kaufmann. Unter diesem Titel ist für das schaffende Volk eine neue Zeitschrift in Berlin erschienen. Sie ist 24 Seiten stark und enthält mit allen deutschen und ausländischen Sendeprogrammen; sie ist das offizielle Organ des Arbeiter-Rundschlusses e. V., Eich Berlin.

Der Kampf geht weiter! Das ist die Parole, unter der die neue Nummer 27 der Illustrierten Reichsbannerzeitung erschienen ist.

Kampf gegen die Pfaffenhabdler, der Kampf gegen die Feinde der Republik muß angefaßt werden, wenn der Reichstag keine befriedigende Lösung findet. Die Illustrierte Reichsbannerzeitung erscheint wöchentlich; jede Nummer kostet 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und bei allen Reichsbannergruppen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der 'Verbands-Zeitung' Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

28. Beitragswoche vom 4. bis 10. Juli.

Befehle Posten.

Die für den Unterbezirk Stuttgart ausgeschriebene Stelle ist befehlt, den übrigen Bewerbern besten Dank.

Ausschluß.

Aus dem Verband ausgeschlossen wurde auf Antrag des Ortsvereins Lörrach: Alois Reisch, geboren 17. Mai 1906 (??) Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse vom 28. Juni bis 3. Juli.

- Stuttgart 1500,-, Breslau 211,-, Oldersleben 250,-, Rostock 55,-, Berlin 188,85 und 59,19, Dresden 500,-, Halle 511,80, Zwickau 565,-, Neumünster 12,-, Kelbra 6,50, Wafen 3,-, Bietich 5,44, Berlin 51,60, Essen 60,-, Gumbinnen 51,45, Waldenburg 368,-, Hamm 3,-, Königsberg i. Pr. 37,50, Berlin 148,-, Randzün 24,90, Geislingen 43,-, Neustettin 77,55, Wersau 70,-, Bietich 48,80, Reutlingen 200,-, Zwickau 242,50, Eilenburg 7,50, Altenburg 5,-, Cöstritz 5,-, Nürnberg 2755,80, Eisenberg 108,25, Köhn 2590,60, Breslau 1690,55, Grabow 349,60, Karlsruhe 1000,-, Neuhaldensleben 80,25, Rosenheim 430,-, Schweinfurt 577,93, Waldenburg 73,88, Altenburg 3,-, Elberfeld 4,-, Hof 15,-, Albed 98,60, Mühlendorf 24,40, Breslau 100,-, Brandenburg 223,40, Burgthube 169,44, Konstadt O/S. 149,05, Rastau 500,-, Quebitz 349,63, Bischofsburg 3,-, Dortmund 16,60.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Greifswald. Roff, Paul Dinsse, Kuhstraße 41, I. Neumünster. Vorf, Alb. Wollburg, Braunkamp 2, II.

Nachruf.

Im Monat Juni starben unsere Kollegen Hermann Steinf, Arbeiter, Schultheiß-Brauerei Abt. II, August Dieck, Hilfsarbeiter, Engelhardt-Brauerei, Stralau, Ernst Becker, Hilfsarbeiter, Schloßbrauerei Schöneberg, Thomas Przychwiler, Felzer, Wagenhofer, Spandau. Ehre ihrem Andenken! Ortsverein Berlin.

Nachruf.

Im I. und II. Quartal 1926 starben unsere Kollegen: Melchior Baumann, Hilfsarbeiter, Apfelmeierei Goffmann, Johann Dietz, Hilfsarbeiter, Brauerei Metz, Jüßlein i. Launau, Georg Fejer, Bierfabrik, Brauerei Binding-Bürgerbrauerei, Michael Friebig, Bierfabrik, Brauerei Binding-Bürgerbrauerei, Karl Abt, Hilfsarbeiter, Brauerei Binding-Bürgerbrauerei, Hans Neumaier, Brauer, Brauerei Binding-Bürgerbrauerei, Friedrich Busch, Hilfsarbeiter, Brauerei Binding-Bürgerbrauerei. Ehre ihrem Andenken! Bezirk Frankfurt a. M.

Nachruf. Nach kurzer Krankheit starb unser treuer Kollege Fritz Lindemann Felsenleberbrauerei Gersford. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Siefeld.

Unseren Kollegen Gustav Detthöfer und seiner lieben Frau Gertrud, Gersford, und Hermann Schröder und seiner lieben Frau Anna, Siefeld, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsverein Siefeld.

Unsern werten Kollegen Paul Gottlieb und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kolleginnen und Kollegen der Vorstadt-Brauerei Glogau.

Brauerhosen aus Dreidraht und Zweidraht-Leder. Fordern Sie Muster mit Muster gratis und franco. Herbert Frische Niederoderwitz i. Sa.

Achtung! Liefere von jetzt ab den starken 2-Schmalen - Brauer - schuh für 7,50 Mk., sowie Galoschen, Schnürstiefel und Schaffstiefel mit Holzsohlen in allebekanntem und realer Ware. Preisliste gratis. JOHANN BOHM, Kiel, Michelfenstr. 12.



Der allebekannte Brauerholzschnürschuh! 2Schmal. in glattem Leder mit Seitenst. 7,- Mk. Undeseht. 7,50 Mk. Heinrich Schürer, Hanau Schürerstr. 5.

Brauerschuhe aus Sterninleder, haltbarste, extra starke Holzsohlen Paar 7,- Mk. Verf. d. Nachnahme Eodenshonner Mühlgr. Feinreiter, München, Ledererstr. 5 II.

„Wasserfeuert“ aus braunem Kernrindleder mit Sohlleder, außenkappe, Sohlenleder, Fersenschützer und Hochhaarsohlen, sowie Schaffstiefel in allen Schaffstiefelhöhen liefert stets zu billigsten Preisen Josef Urban, Cham in Bayern

Durch großen Umsatz sind wir in der Lage für unseren Brauerschuh, Kernrindleder aus la braunem zu reduzieren. Helfen auch Sie durch Bestellung den Preis in Zukunft noch weiter herabzusetzen.

Marke „INDUSTRIE“ mit gesetzlich gesch. Hinterkappenschutz von Mark 7,- auf Mark 6,40 zureduzieren.



Prima Bindleder-Galoschen mit Sohlleder-Hinterkappe Mark 3,50 Industrieschuhfabrik Höchst am Main

Billige böhmische Bettfedern 1 Kilo graue geschliffene G.-M. 3,-; halbe weiße G.-M. 4,-; weiße G.-M. 5,-; bessere G.-M. 6,-; daunenreiche G.-M. 8,- bis 10,-; Elite G.-M. 12,- bis 14,-; weiße ungechliffene Nappfedern G.-M. 7,-, 9,50, 11,-. Versand franco, gültig, gegen Nachnahme. Muster frei. Untermans oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhm.